

Der Liberalismus ist tot – und das tritt danach ein

Der Ausdruck "sich verändernde Weltordnung" ist zu einem gängigen Refrain in internationalen Angelegenheiten geworden. Dabei wird jedoch oft übersehen, wie schnell sich diese Veränderungen vollziehen – und wer sie beschleunigt. In Trumps Welt halten Großmächte keine Moralpredigten – sie konkurrieren.

Von Dmitri Trenin

29.3.2025

Übersetzt aus dem Englischen.

Dmitri Trenin ist Forschungsprofessor an der Moskauer Higher School of Economics und leitender Forscher am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen. Außerdem ist er Mitglied des russischen Rates für internationale Angelegenheiten.

<https://gegenzensur.rtde.world/nordamerika/240870-liberalismus-ist-tot-und-tritt/>

In den internationalen Beziehungen resultieren Regimeänderungen in der Regel aus Krisen: durch Kriege zwischen Großmächten oder Umwälzungen innerhalb dieser. Dies war 1939 bis 1945 und erneut 1989 bis 1991 der Fall. Üblicherweise häufen sich die Probleme über Jahre und Jahrzehnte an, und die Problemlösung kommt unerwartet: Die langsame Bewegung der tektonischen Platten beschleunigt sich plötzlich dramatisch und setzt eine Lawine in Gang, die die Landschaft in kürzester Zeit verändert. In den letzten Wochen hatten wir die Gelegenheit, etwas Ähnliches zu beobachten. Am auffälligsten ist, dass die Haupttriebkraft für diese Veränderungen die Staatsführung war, die bisher die Überreste der alten Weltordnung am hartnäckigsten, ja sogar am erbittertsten, zu verteidigen versuchte.

Der lange vorhergesagte und mit Vorsicht erwartete Niedergang der Unipolarität ist früher als geplant eingetreten. Die USA – deren Rolle lange Zeit darin bestand, den liberalen Internationalismus durchzusetzen – versuchen nicht mehr, den Übergang zu einer multipolaren Welt zu verhindern. Vielmehr schließen sie sich ihm unter Donald Trump selbst an.

Dieser Schwenk stellt nicht nur ein Wahlversprechen oder eine rhetorische Wendung dar. Es handelt sich um einen strukturellen Bruch. Innerhalb weniger Wochen gingen die USA vom Widerstand gegen die

multipolare Ordnung zu dem Versuch über, diese unter neuen Bedingungen zu dominieren – weniger Moralismus, mehr Realismus. Damit trägt Washington – möglicherweise ohne Absicht – genau zu dem Ergebnis bei, das frühere US-Regierungen so hartnäckig zu verhindern versuchten.

Trumps Amtsantritt zieht weitreichende und dauerhafte Folgen nach sich. Der mächtigste Weltakteur verzichtete darauf, weiterhin die Rolle des Beschützers des liberalen Globalismus zu spielen, und wandte sich etwas Pragmatischerem zu: der Großmachtkonkurrenz. An die Stelle der Menschenrechts- und Demokratieförderung trat das Motto "America First", und zwar nicht nur auf innenpolitischer Ebene, sondern auch in den Außenbeziehungen.

Unter dem neuen US-Präsidenten wurden die Regenbogenfahnen der Black-Lives-Matter-Bewegung und die "Buchstabensuppe" des westlichen Liberalismus ad acta gelegt. Stattdessen hisst er selbstbewusst die Nationalflagge und signalisiert damit Verbündeten und Gegnern gleichermaßen: In der US-Außenpolitik geht es jetzt um Interessen, nicht um Ideologien.

Das ist keine Theorie, es ist ein geopolitisches "Erdbeben".

Erstens ist Multipolarität nicht mehr nur eine Hypothese. Trump konnte die USA von einem Verfechter der Unipolarität zu einem Akteur der Multipolarität machen. Seine Doktrin – "Wettbewerb der Großmächte" – entspricht eher der realistischen Tradition als dem Liberalismus, der in Washington nach dem Ende des Kalten Krieges jahrzehntelang dominierte.

Nach dieser Doktrin besteht die Welt aus souveränen Polen: den USA, China, Russland und Indien – jedes Land verfolge seine eigenen Interessen, wobei diese manchmal im Konflikt zueinander stehen, manchmal sich überschneiden. Zusammenarbeit entstehe nicht aus gemeinsam geteilten Werten, sondern aus gemeinsamen Bedürfnissen. Dies entspricht der Welt, in der sich Russland gut auskennt – und in der es sich wohlfühlt.

Zweitens bedeutet die Wende Washingtons zum Realismus einen fundamentalen Kurswechsel in seinen Weltbeziehungen. Die Ära der liberalen "Kreuzzüge" ist vorbei. So stellte Trump die Finanzierung der USAID ein, kürzte die Budgets für die "Demokratieförderung" und zeigte sich bereit, mit Regimen aller Art zusammenzuarbeiten – solange sie US-amerikanischen Interessen dienen.

Dies ist eine Abkehr von den binären Moralkonzepten der Vergangenheit. Ironischerweise entspricht es eher Moskaus eigener Weltansicht. Unter Trump versucht das Weiße Haus nicht mehr, Liberalismus zu exportieren, sondern vielmehr über die Macht Verhandlungen zu führen.

Drittens: Es gibt keinen "Westen" mehr, wie wir ihn kannten. Der durch eine gemeinsame Ideologie und transatlantische Solidarität definierte liberale "Kollektive Westen" existiert nicht mehr in seiner bisherigen

Form. De facto zogen sich die USA aus ihm zurück, indem sie den nationalen Interessen Vorrang vor globalistischen Verpflichtungen einräumten.

Übrig bleibt nur ein zersplitterter Westen, gespalten zwischen nationalistisch geführten Regierungen wie der Trumps und traditionelleren "Hochburgen" des Liberalismus in Brüssel, Paris und Berlin. Der Konflikt zwischen diesen beiden Visionen – Nationalismus versus Globalismus – stellt nun den maßgeblichen Politikkampf im gesamten Westen dar.

Dieser Kampf wird noch lange andauern. Trumps Dominanz mag auf den ersten Blick als gesichert erscheinen, doch es gibt weiterhin starken innenpolitischen Widerstand. Sollten die US-Republikaner die Zwischenwahlen 2026 verlieren, könnten Trumps politische Ambitionen zur Durchsetzung seines Programms eingeschränkt werden. Außerdem darf er laut dem US-Verfassungsrecht bei den Präsidentschaftswahlen 2028 nicht mehr als Kandidat antreten, was bedeutet, dass ihm nur wenig Zeit zum Handeln bleibt.

Während der Westen zerbricht, wird die "Weltmehrheit" – als eine Art informelle Koalition von Nicht-Westblock-Staaten – immer stärker. Ursprünglich wurde dieser Begriff als Bezeichnung für Staaten eingeführt, die sich gegen Sanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen an die Ukraine aussprachen. Heute repräsentiert er eine viel umfassendere politische Neuausrichtung in der Welt.

Bei der "Weltmehrheit" handelt es sich nicht um ein formelles Bündnis, sondern um eine gemeinsam vertretene Position: Vorrang der Souveränität vor Unterordnung, des Handels vor der Ideologie, der Multipolarität vor der Hegemonie. Die BRICS, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) und andere regionale Zusammenschlüsse entwickeln sich zu echten Alternativen zu den vom Westen geführten Institutionen. Der Globale Süden stellt keine Peripherie mehr dar, sondern ist eine Weltbühne.

Wir sind Zeugen der Konsolidierung einer neuen "Großen Drei": USA, China und Russland. Wahrscheinlich wird sich ihnen Indien anschließen. Es handelt sich nicht um ideologische Verbündete, sondern um Zivilisationsmächte, die jeweils ihren eigenen Weg verfolgen.

Deren Beziehungen basieren auf Transaktionen, nicht auf Sentimentalität. So gelang China während der russischen Militäroperation in der Ukraine einen Balanceakt: Das Land unterhält eine strategische Partnerschaft mit Moskau und sichert sich gleichzeitig den Zugang zu den westlichen Märkten.

Das ist kein Verrat, sondern diplomatisches Geschick. In der multipolaren Welt achtet jeder Akteur auf seine eigene Flanke. Russland respektiert das. Und es verhält sich zunehmend auf dieselbe Art und Weise.

Ein weiteres Thema betrifft die Positionierung Moskaus in der neuen "Weltordnung". Russland konnte in den vergangenen zwei Jahren an Eigenständigkeit und Durchsetzungsvermögen gewinnen und wurde zu einem zentralen Akteur im Weltordnungssystem. Der Ukraine-Krieg und die Widerstandsfähigkeit der russischen Wirtschaft, Gesellschaft und Armee führten zu einer veränderten globalen Wahrnehmung.

Russland wird nicht mehr als Juniorpartner oder Regionalmacht behandelt. Es steht nun auf gleicher Augenhöhe mit Washington, Peking und Neu-Delhi. Diese Veränderung ist nicht nur in der Diplomatie sichtbar, sondern auch im globalen Logistiksystem: neue eurasische Handelskorridore, erweiterte BRICS-Zusammenarbeit und zunehmende Verwendung nationaler Währungen im Handel.

Der Ukraine-Konflikt bestätigte den Status Russlands als eine der führenden Weltmächte, die in der Lage ist, ihren berechtigten Platz in dieser Welt einzunehmen. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben und uns entspannen. Dass Amerika sich indessen dem Realismus zuneigt, ist das Resultat des von der russischen Armee erzielten Erfolgs, der Widerstandsfähigkeit der russischen Wirtschaft und der Einheit des russischen Volkes.

Es ist jetzt wichtig, diese Dynamik fortzusetzen. Auch wenn die USA sich in Richtung Realismus umorientierten, bleiben sie doch ein Konkurrent für uns. Russland muss seine technologische Souveränität weiter stärken, die Beziehungen zu Asien vertiefen und eine Außenpolitik betreiben, die auf Pragmatismus und nicht auf Nostalgie basiert.

Russland sollte weiterhin die innenpolitischen Konfrontationen im Westen im Auge behalten – insbesondere den US-Präsidentschaftswahlzyklus und die Spannungen innerhalb der EU. Allerdings sollte es seine Politik nicht mehr von der Akzeptanz oder Billigung des Westens abhängig machen. Hinzu kommt, dass der Dialog zwischen Moskau und Washington zu immer angespannteren Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern führt.

Die Einheit des Westens hängt zunehmend von auferlegten Bedingungen ab, demonstriert Merkantilismus und Widersprüchlichkeit. Frankreich, Deutschland und Italien könnten mit politischen Turbulenzen konfrontiert sein. Die Integration könnte ins Stocken geraten. Russlands Engagement muss daher taktischer Natur sein – die Ohren steif halten, ohne die Karten offen auf den Tisch zu legen.

Es lohnt sich nicht, auf den Moment zu warten, in dem eine neue Weltordnung proklamiert wird – sie ist bereits da. Es handelt sich nicht mehr nur um eine theoretische Frage. Jetzt beginnt der Kampf um die Weltmachtpositionen. Die Welt wurde nicht deshalb multipolar, weil jemand es wollte, sondern weil es zu einer Machtverschiebung kam. Die Ursache dafür liegt nicht allein bei Trump. Aber er – vielleicht unbewusst – beschleunigte diesen Prozess.

Russlands Aufgabe ist es nun, nicht die Fehlerhaftigkeit der alten Weltordnung zu betonen, sondern seinen Platz in der neuen zu sichern.

Liberalism is dead, this is what comes after

In Trump's world, great powers don't preach – they compete

By Dmitry Trenin

March 26, 2025

<https://rurtnews.com/news/614827-dmitry-trenin-liberalism-is-dead/>

Dmitry Trenin is a research professor at the Higher School of Economics and a lead research fellow at the Institute of World Economy and International Relations. He is also a member of the Russian International Affairs Council (RIAC).

The phrase “*changing world order*” has become a familiar refrain in international affairs. But what's often missed is how rapidly that change is now unfolding – and who is accelerating it.

Regime changes in international relations are usually the result of crises: wars between great powers or upheavals within them. This was the case in 1939-1945 and again in 1989-1991. Usually, the problems accumulate over years and decades, and the resolution comes unexpectedly: the slow movement of tectonic plates suddenly accelerates dramatically, an avalanche begins that rapidly changes the landscape. We have had the opportunity to observe something similar in recent weeks. The most striking thing is that the main factor in the changes has been the leadership of the state which until now has defended the remnants of the old world order most stubbornly, even fiercely.

The fall of unipolarity, once long predicted and cautiously awaited, has arrived ahead of schedule. The United States, long the enforcer of liberal internationalism, is no longer trying to stop the shift toward a multipolar world. Under Donald Trump, it has joined it.

This pivot is not a mere campaign promise or rhetorical shift. It is a structural break. In the space of weeks, the US has gone from resisting the multipolar order to attempting to dominate it on new terms – less moralism, more realism. In doing so, Washington may inadvertently help deliver the very outcome that previous administrations worked so hard to prevent.

Trump's turn has broad and lasting implications. The world's most powerful actor has abandoned the guardianship of liberal globalism and embraced something far more pragmatic: great power rivalry. The language of human rights and democracy promotion has been replaced with "*America First*," not just domestically, but in foreign relations as well.

The new US president has shelved the rainbow banners of BLM and the alphabet soup of Western liberalism. Instead, he waves the American flag with confidence, signaling to allies and adversaries alike: US foreign policy is now about interests, not ideologies.

This is not theoretical. It is a geopolitical earthquake.

Firstly, multipolarity is no longer hypothetical. Trump has shifted the US from an enforcer of unipolarity to a player in multipolarity. His doctrine – "*great power competition*" – aligns more with the realist tradition than with the post-Cold War liberalism that dominated Washington for decades.

In this view, the world is made up of sovereign poles: the US, China, Russia, India – each pursuing its own interests, sometimes in conflict, sometimes overlapping. Cooperation arises not from shared values, but from shared necessities. This is a world Russia knows well – and one in which it thrives.

Secondly, Washington's pivot to realism means a fundamental shift in how it engages with the world. The era of liberal crusades is over. Trump has defunded USAID, slashed "*democracy promotion*" budgets, and shown a willingness to work with regimes of all types – so long as they serve American interests.

This is a departure from the binary moral frameworks of the past. And ironically, it aligns more closely with Moscow's own worldview. Under Trump, the White House no longer seeks to export liberalism, but to negotiate power.

Thirdly, the West, as we knew it, is gone. The liberal "*collective West*" – defined by shared ideology and transatlantic solidarity – no longer exists in its previous form. The US has effectively withdrawn from it, prioritizing national interest over globalist commitments.

What remains is a fractured West, split between nationalist-led governments like Trump's and more traditional liberal strongholds in Brussels, Paris, and Berlin. The internal clash between these two visions – nationalism versus globalism – is now the defining political struggle across the West.

This struggle is far from over. Trump's dominance may look assured, but domestic resistance remains potent. If Republicans lose the 2026 midterms, his ability to pursue his agenda could be blunted. He is also constitutionally barred from running again in 2028, which means time is short.

As the West fractures, the “*World Majority*” – an informal coalition of nations outside the Western bloc – grows stronger. Originally coined to describe states that refused to sanction Russia or arm Ukraine, it now represents a broader realignment.

The World Majority isn’t a formal alliance, but a shared posture: sovereignty over submission, trade over ideology, multipolarity over hegemony. BRICS, the SCO, and other regional formats are maturing into genuine alternatives to Western-led institutions. The global South is no longer a periphery – it’s a stage.

We are witnessing the consolidation of a new “*Big Three*”: the US, China, and Russia. India is likely to join them. These are not ideological allies, but civilizational powers, each pursuing its own destiny.

Their relations are transactional, not sentimental. China, for example, has managed a tightrope walk during Russia’s military operation in Ukraine, maintaining a strategic partnership with Moscow while safeguarding access to Western markets.

That’s not betrayal – it’s good diplomacy. In the multipolar world, every player watches their own flank. Russia respects that. And increasingly, it acts the same way.

Moscow’s place in the new world is another issue. Russia has emerged from the past two years more self-reliant, more assertive, and more central to the international system. The war in Ukraine – and the resilience of Russia’s economy, society, and military – has shifted global perceptions.

Russia is no longer treated as a junior partner or regional power. It is now engaged on equal terms with Washington, Beijing, and New Delhi. This shift is visible not only in diplomacy, but in global logistics: new Eurasian trade corridors, expanded BRICS cooperation, and increasing use of national currencies in trade.

Having confirmed its status as one of the world’s leading powers as a result of the Ukraine conflict, Russia is in a position to take its rightful place in this world. We must not indulge in illusions and relax. America’s turn to realism is the result of the success of the Russian army, the resilience of the Russian economy and the unity of the Russian people.

What matters now is to build on this momentum. The US may have pivoted to realism, but it remains a competitor. Russia must continue strengthening its technological sovereignty, deepening ties with Asia, and pursuing a foreign policy anchored in pragmatism, not nostalgia.

Russia must continue to observe the internal battles in the West – especially the US presidential cycle and tensions inside the EU. But it should no longer hinge its policies on Western acceptance or approval. Moreover, Moscow’s relations with Western European countries are becoming increasingly strained against the backdrop of its dialogue with Washington.

Western unity is increasingly conditional, transactional, and riddled with contradictions. France, Germany, and Italy may face political turbulence. Integration may falter. Russia's engagement should be tactical – eyes open, cards close to the chest.

There is no point waiting for the new world to be declared – it is already here. We have moved beyond theory. Now begins the contest for position. The world has become multipolar not because anyone willed it, but because power itself has shifted. Trump did not cause this alone. But he has – perhaps unwittingly – accelerated the process.

Russia's job now is not to prove the old order wrong, but to ensure it claims its place in the new one.

This article was first published by the magazine [Profile](#) and was translated and edited by the RT team.